

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zL, mit Zustellgeld 3,80 zL. Bei Postbezug monatl. 3,89 zL, vierteljährlich 11,66 zL. Unter Streifenband monatl. 7,50 zL. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 146

Bromberg, Freitag, den 28. Juni 1935.

59. Jahrg.

Jahrestag von Versailles.

Von Rechtsanwalt Professor Grimm, Essen.

PPD. Am 28. Juni d. J. jährt sich zum 16. Male der Tag, an dem in Versailles die Unterzeichnung unter ein Instrument gesetzt werden mußte, für das verblendete Haßpolitik bis heute die „Achtung vor der Heiligkeit der Verträge“ gefordert haben, von dem aber die Outgefinnten und Vernünftigen in der ganzen Welt urteilen, daß es noch nie in der Weltgeschichte einen „Vertrag“ gegeben habe, der so unheilig war, wie der von Versailles. Nichts ist bezeichnender für die Unvernunft, die in Versailles zeherrschte, als die einfache Feststellung, daß allein zur Verhinderung der Fehllösung der Reparationsfrage in diesem Zwangsvertrag 35 — sage und schreibe fünfunddreißig — internationale Konferenzen stattfinden mußten, bis man an einem anderen Gedenktag dieses Diktates, im Juni 1932, in Lausanne unter dieses betrübliche Kapitel den endgültigen Schlussstrich setzte, der aber das Chaos nicht mehr beseitigen konnte, das der Reparationswahnsinn der „Sieger“ in der Weltwirtschaft angerichtet hatte.

Es liegt ein tiefer Sinn darin, daß Clemenceau, der alte Tiger, der Mann, dessen Geist die Verhandlungen in Versailles beherrschte, die deutschen Delegierten in jenen Funitagen des Jahres 1919 zwang, die Unterzeichnung an genau derselben Stelle zu leisten, an der es Bismarcks genialer Staatskunst gelungen war, das Deutsche Reich zu schmieden, im Spiegelsaal des Königschlosses von Versailles. Clemenceau wollte dadurch den Abgeordneten einer ganzen Welt, die da versammelt waren, sinnfällig vor Augen führen, was dieser Vertrag nach seinem Willen sein sollte, die Rückgängigmachung des 18. Januar 1871, der contrarius actus, die Wiederherstellung von Bismarcks Werk.

Das deutsche Volk sollte dafür bestraft werden, daß Bismarck es gewagt hatte, gegen das ewige Gesetz des Weltfriedens zu verstoßen, daß niemand König, niemand Herr, niemand Führer sein darf in Deutschland.

Die Zerstörung von Bismarcks Werk war das „ceterum censeo“, das damals Gabriel Hanotaux in all seinen Denkschriften aufstellte, die er an das französische auswärtige Amt und das Hauptquartier der Alliierten richtete. Die deutsche Einheit war das Problem, das zwischen Deutschland und Frankreich stand, und die zu verhindern Frankreichs „ewige These“, die „fixe Idee“ der Geschichte Frankreichs sein sollte, die oberste Richtschnur jener Politik, die man in Frankreich die „klassische“, „traditionelle“ oder „historische“ Politik, die Idee Richelieus nennt. Diese Politik ist damals von führenden Geistern in Frankreich, wie Hanotaux, Maurice Barrès, Poincaré und vielen anderen dem französischen Volke erneut als Grundlage alles Handelns Deutschlands gegenüber wieder nahe gebracht worden. Das „Testament Richelieus“ war neu entstanden. Versailles sollte das Instrument werden, das die Vollführung dieses Testaments noch nachträglich ermöglichen sollte. Niemand hat schärfer über den Geist von Versailles geurteilt als der große Zyniker Clemenceau selbst, wenn er in den letzten Gesprächen zu seinem Sekretär Martet sagt: „Das war die Besessenheit eines Volkes, das der Sieg außer Rand und Band gebracht hatte.“

Auf drei Säulen war vor allem die Gewaltpolitik von Versailles gegründet: erstens die langdauernde Rhein- und Saarbefetzung, die nach fünfzehn Jahren die Ziele der französischen klassischen Politik des „großen“ und „kleinen Rhein“ verwirklichen sollte, zweitens die unerfüllbare Reparation, die man mit der Rheinlandbefetzung durch die Sanktionsklausel verknüpfte, um die dauernde Abtrennung der Rheinlande zu sichern, und drittens die vorzeitige, einseitige Wehrlosmachung des deutschen Volkes.

Unerfüllbar sollte die deutsche Reparation sein. Einer der Schuldigen von Versailles, Lloyd George, hat vor drei Jahren ein Buch über den Widerspruch in der Reparation veröffentlicht, in dem er sich selbst verurteilt, denn er sagt: Die Alliierten hätten, als sie in London schließlich die Reparation auf 137 Milliarden Goldmark, zuzüglich 5 v. H. Zinsen und 1 v. H. Amortisation festsetzten, gar nicht bedacht, daß diese Summe Goldes, die ein Volk aufbringen sollte, mehr als das Dreieinhalbfache des gesamten Goldvorrates der Erde ausmachte.

Bei keiner Gelegenheit ist das brutale Ziel dieser Politik von Versailles so klar zum Ausdruck gekommen, wie bei der denkwürdigen Kabinettsitzung vom 25. 4. 19, deren Protokoll der Geschichtsschreiber Mermeiz der Nachwelt übergeben hat. In dieser Sitzung erhob sich Clemenceau und, zu Poincaré gewandt, sprach er die historischen Worte: „Herr Präsident, Sie sind viel jünger als ich. In 15 Jahren werde ich nicht mehr sein. In 15 Jahren werden die Deutschen nicht alle Bedingungen des Vertrages erfüllt haben. Wenn Sie mir dann die Ehre erweisen wollen, mein Grab zu besuchen, so bin ich überzeugt, Sie werden mir sagen können: „Wir stehen am Rhein, und da bleiben wir!“

Der Mann, der dieses sprach, ist längst ins Grab gesunken. Die Vorhersage hat es gewollt, daß Poincaré ihm gerade im fünfzehnten Jahre danach gefolgt ist. Er kann nicht mehr zum Grab Clemenceaus wollen und sprechen: „Wir stehen am Rhein, und da bleiben wir!“ Aber

Die Danziger Opposition verhindert den Beschluß verfassungändernder Gesetze.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 27. Juni.

Wie wir schon bekanntgegeben haben, war der Volkstag auf Mittwoch, den 26. Juni, zur Aussprache über die am 12. Juni abgegebene Regierungserklärung des Senatspräsidenten Greiser und zur Abstimmung über zwei neue verfassungändernde Gesetze zusammengerufen worden.

Die Sitzung währte drei Stunden. Sie wurde eröffnet mit der Mitteilung von der Amtsniederlegung des Senators v. Wnuck. Sodann kam es zur Abstimmung über den Antrag der NSDAP auf Strafverfolgung des Zentrumsgesetzgebenden Posa, der mit Mehrheit der Nationalsozialisten angenommen wurde.

Als zweites kam der Antrag der NSDAP auf Herabsetzung der Aufwandsschuldigungen für Volkstagsabgeordnete um 66 2/3 Prozent.

zur Sprache. Die Opposition enthielt sich hier der Stimme, so daß auch dieser Antrag nur mit der Mehrheit der Nationalsozialisten angenommen werden konnte.

Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung die **Aussprache über die Regierungserklärung**

des Senatspräsidenten Greiser und über die von der Regierung entworfenen zwei verfassungändernden Gesetze, bezüglich der frühzeitigen Pensionierung von Beamten und der Versetzung von Beamten ins Reich. Regierungsrat Dreger gab hierzu noch einmal eine genaue Begründung; er betonte, daß die geplanten Maßnahmen staatsnotwendig seien.

Darauf kam die Opposition zu Wort, nach einander die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Gruppe Weiße und die Kommunisten. Sie erklärten sich durchweg mit der Regierungserklärung des Senatspräsidenten nicht einverstanden und ebensowenig mit den Gesetzen, die von der Regierung in Vorschlag gebracht worden sind.

Sie verweigerten ihre Stimme zur Durchführung der geplanten Verordnungen.

Ein Vertreter der Polen nahm zu der Frage das Wort, wie sich die Devisenbewirtschaftung für Polen auswirken würde.

genau fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Clemenceau-Diktates, am 18. Januar 1935, sind die Saarländer an die Urne getreten und haben sich in überwältigender Treue zu Deutschland bekannt und damit die letzte Schlichtung um den Rhein geschlagen.

Das Jahr 1935 ist ein Gedenkjahr besonderer Art: 15 Jahre nach Inkrafttreten des Gewaltdikates! Das bedeutet die Vollendung eines Zeitabschnittes. Denn 15 Jahre sollte die Rheinlandbefetzung, 15 Jahre auch das Völkerbundesregime an der Saar dauern. Die Rheinländer haben den Tag der Freiheit schon 1930 erlebt, die Saarländer haben die Fremdherrschaft bis zur Neige auskosten müssen.

Fünfzehn Jahre nach der Weissagung Clemenceaus aber ist Rhein und Saar befreit. Die erste Säule der Gewaltpolitik von Versailles ist zerbrochen, so wie die zweite Säule, die unerfüllbare Reparation, schon vor drei Jahren in Lausanne zerbrach. Dafür muß aber ein Vertreter jener unvernünftigen Politik, der größte französische Saarpropagandist, Jean Revire, in seinem Buche: Perdre nous la Sarre? betroffen zugeben: „Das vor zehn Jahren besiegte Deutschland steht heute da als ein junges Volk, ein mächtiger Block.“

Fünfzehn Jahre nach Versailles! Es ist, als ob mit Clemenceau, Poincaré, Barthou eine alte Welt verunkelt wäre, die mit dem „bloo national“ Träger der „Politik der Irrtümer“ war, wie man die Politik von Versailles heute auch in Frankreich nennt.

Im Ruhrkampf hatte diese Politik, die die Vollendung von Versailles bringen sollte, ihren Höhepunkt erreicht. Hochinflation und Chaos in Deutschland, französische Soldaten an der Ruhr, am Rhein Separatismus. Am 28. November 1923 hielt Poincaré seine berühmte Rede, daß „Bismarcks Werk in der Tat heute bedroht“ sei. Wenige Tage darauf brach Poincarés Politik selbst zusammen. Man hat diesen Vorgang in Frankreich das „Ruhrwunder“ genannt, das man dem „Marnewunder“ an die Seite zu stellen pflegt. Viscount d'Abernon aber sagt in seinem Werk über den Ruhrkampf, daß es die „Zeit gewesen sei, die wie ein Sterben schien“, die aber „die Auferstehung“ vorbereitete.

Im Kampf um Rhein und Ruhr ist Bismarcks Werk erhalten geblieben. Hitlers deutsche Sendung begann. Als die letzten französischen Truppen das Rheinland verlassen hatten, bekannte sich im September 1930 zum ersten Male das deutsche Volk zu Adolf Hitler.

Der entscheidende Kampf um Deutschlands Wehrfreiheit und Gleichberechtigung war dem neu erwachten Deutschland unter Hitlers Führung vorbehalten. Französische Schriftsteller haben „Hitlers deutsche Sen-

Der Präsident des Senats Greiser ergriff nach der Stellungnahme der Opposition das Wort zu längeren Ausführungen und Erklärungen.

Er bedauerte, daß die Opposition sich diesen staatsnotwendigen Maßnahmen entzogen hätte. Der Regierung sei nun nach dieser negativen Stellungnahme der Opposition ihr Handeln vorgeschrieben, aber die Regierung werde in verantwortungsvoller Bereitschaft ihren Weg gehen und alles nur Mögliche tun.

Der Antrag über die verfassungändernden Gesetze sollte eigentlich dem Hauptauschuß zur Beratung überwiesen werden. Durch die völlig eindeutige Stellungnahme der Opposition erübrigte sich dies indessen, es wurde darauf verzichtet, und man schritt gleich zur namentlichen

Abstimmung.

Es gaben 70 Abgeordnete ihre Stimme ab, davon stimmten 43 mit Ja, und zwar die Nationalsozialistische Partei, die 43 Abgeordnete hat, und die schon vorher bei der allgemeinen Aussprache über die Regierungserklärung als einzige Partei ihr volles Einverständnis mit den geplanten Maßnahmen erklärt hatte. 26 stimmten mit Nein, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Zu verfassungsändernden Gesetzen bedarf es nach der Verfassung der Zweidrittel-Mehrheit des Volkstages; die 43 Stimmen der Nationalsozialisten sind nur 60 Prozent so daß

die Genehmigung zu verfassungsändernden Gesetzen der Regierung nicht erteilt wurde.

Die Opposition verlangte nach Erledigung dieser Punkte der Tagesordnung eine neue Sitzung zur Abstimmung über den

Antrag der Opposition auf Volkstagsauflösung.

Dem stand der Antrag der NSDAP entgegen, den Volkstag bis zum 15. Juli in die Ferien zu schicken. Dieser Antrag wurde mit der Mehrheit der nationalsozialistischen Stimmen angenommen, so daß die nächste Volkstagsitzung nicht vor dem 15. Juli zu erwarten ist.

burg“ zuerst erkannt. Am 11. November 1932, am 14. Jahrestage des Waffenstillstandes, gab Jacques Bainville, der größte zurzeit lebende Historiker Frankreichs, sein Buch über „Bismarck“ heraus. Die Einleitung beginnt mit folgenden Worten: „Der Stern Bismarcks ist wieder im Aufstieg begriffen. Das ist kein gutes Zeichen. Hätte man nicht am 11. November 1918 glauben können, daß Bismarcks Werk zerstört sei und der Vergangenheit angehörte? Nein, das Werk, das Bismarck errichtet hatte, die deutsche Einheit, ist bestehen geblieben. Auf diesem Sockel erhebt sich heute der Schmied von Blut und Eisen.“

Jacques Bainville hat recht gesehen, die dritte entscheidende Aufgabe, die Versailles dem Deutschen Reich ließ, die Frage der deutschen Wehrhoheit und Gleichberechtigung, ist von Adolf Hitler gelöst worden.

Die Ereignisse haben sich überstürzt in diesem historischen Jahre 1935, dem fünfzehnten Jahre nach Inkrafttreten des Unrechtvertrages.

Kaum war am 1. März 1935 das Saargebiet dem Reich wieder übergeben worden, da erfolgte am 16. März 1935 der entscheidende Schritt. Adolf Hitler verkündete das neue deutsche Wehrgesetz und stellte damit die deutsche Wehrhoheit und die volle deutsche Souveränität wieder her.

Die dritte Säule von Versailles ist damit zerbrochen. „Ein Schlussstrich unter Versailles“, so ist die Nachricht vom 16. März in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt aufgenommen worden.

„Hitler liquidiert Versailles“, so überschrieb die englische Zeitung „Nation“ ihren grundlegenden Artikel, in dem sie das neue Gesetz im Rahmen des Kampfes um Versailles würdigte.

Wenn man den Kampf um Versailles heute von historischer Warte überschaut, so lassen sich drei Etappen unterscheiden: Die erste Etappe war von der Gewaltpolitik von Clemenceau und Poincaré ausgefüllt, die ihren Höhepunkt im Ruhrkrieg fand und am 1. September 1924 in London liquidiert wurde.

Die zweite Etappe, die von den Franzosen selbst die „détente“, die Entspannung, genannt wird, reicht von der Londoner Konferenz vom 1. September 1924 bis zur Rheinlandräumung und den Hitler-Wahlen im September 1930. Sie war eine Übergangszeit, ein Provisorium, eine Zeit, die keine endgültige Lösung brachte, so wie der Dawes-Plan, der sie beherrschte, nur ein Provisorium war.

Die dritte Etappe, die Zeit, in der wir jetzt stehen, wird einmal die Zeit der Lösung der letzten Probleme von Ver-

Wirtschaftliche Rundschau.

Schwache Kreditfähigkeit.

Ausweis der Bank Polski für die zweite Juni-Defade.

Table with columns Aktiva, Passiva and sub-categories like Gold in Barren und Münzen, Kassenkapital, etc.

In der zweiten Juni-Defade hat sich der Goldvorrat um 0,7 auf 510,1 Millionen Zloty erhöht, der Devisenvorrat weist dagegen eine Abnahme von drei Millionen auf 13,4 Millionen auf.

Die Golddeckung des Zloty beträgt 49,08 Prozent.

Der Reichsbank-Ausweis für die 3. Juni-Woche.

Der Ausweis der Reichsbank vom 22. Juni zeigt mit 90,5 v. H. eine normale Entlastung, die teilweise durch die Gold-Wechsel der Goldkassabank gefördert wurde.

Schwierigkeiten bei der Finanzierung des polnischen Ausland-Geschäfts.

Im Laufe der nächsten zwei Monate wird die Liquidation der polnisch-russischen Gesellschaft für den Handel mit der Sowjetunion 'Sowpoltorg' beendet sein.

Die Lage auf dem polnischen Holzmarkt im Frühjahr 1935.

Nach den Angaben des polnischen Syndikats der Holzinteressenten dauerte die Geschäftsstille auf dem polnischen Holzmarkt auch im April d. J. weiter an.

Polnische Guthaben im Ausland.

Nach den Angaben des Bankkommissariats im polnischen Finanzministerium nahmen die Forderungen polnischer Banken an das Ausland im Laufe des ersten Quartals 1935 um 87,13 Mill. Zloty an.

Firmennachrichten.

- v Grandenz (Grundstadt). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma G. M. P. o. w. o. s. k. a. in Grandenz...

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Kund...

Die Tagung der internationalen Handelstammer.

Die weiteren Sitzungen.

Die Gruppe 'Transport' des Kongresses der internationalen Handelstammer befähigte sich unter dem Vorsitz unter Senator Agnelli (Italien) mit der Entwicklung des Straßenverkehrs und insbesondere mit den Autobahnen.

Die Gruppe 'Organisation' befähigte sich mit Methoden und Kosten der Verteilung. Dr. Eysker (Deutschland) schilderte die Tätigkeit des internationalen Verbandes der Warenhäuser.

Hier sei eine internationale Aussprache notwendig. Prof. Gregory setzte ferner auseinander,

warum das wesentliche Merkmal der Stabilisierung in einer Rückkehr zum Golde zu sehen sei.

Wie die Stabilität nur international zu erzielen sei, so könne sie auch nur auf dem Golde basieren. Abschließend stellte der Redner fest, daß die Stabilisierung einer Preissteigerung nicht entgegenstehe.

Mit Beifall wurden Begrüßungsworte des Sitzungsleiters an den inzwischen erschienenen Gründungspräsidenten der internationalen Handelstammer, Clementel, aufgenommen.

Prof. Ritz (Frankreich) sprach anschließend über die Frage der Paritäten. Er bezeichnete die heutigen Bedingungen für eine Währungsstabilisierung als günstiger als im Jahre 1922.

Geldmarkt.

Der Zloty am 26. Juni. Danzig: Ueberweisung 100,00 bar 100,00. Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 100,00.

Die Bank Polski zahlte heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,25 Zl. do. kleine 5,24 Zl. Kanada 5,21 Zl. 1 Pfd. Sterling 25,90 Zl.

Berlin, 26. Juni. Amtl. Devisenliste. Newyork 2,474-2,479. London 12,225-12,255. Holland 168,72-169,06.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 17. bis 23. Juni 1935 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Table with columns Märkte, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer. Sub-sections: Inlandsmärkte, Auslandsmärkte.

Amliche Notierungen der polnischen Getreidebörsen vom 26. Juni.

Table with columns Roggen, Weizen, Roggen, Weizen, etc. and sub-sections: Transaktionspreise, Richtpreise.

Getreidemärkte schwach, Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 962, Weizen 705, Gerste 27,50, Hafer 80,00.

die Stabilisierung sei heute möglich, wenn der Wille zur Verständigung vorhanden wäre.

Lord Lufke (England) schilderte anschließend die kritische Währungspolitik in den letzten drei Jahren.

Gerade der Handel in Produktionsgütern sei durch die Instabilität der Währungen und die daraus folgenden Schwierigkeiten in der Kreditgewährung gestört worden.

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich Dr. Fischer mit der Spekulation als dem Kuzniek des gegenwärtigen Zustandes und wie auf die große Gefahr der vagabundierenden Gelder hin, die von den Banken des eigenen Landes an die eines anderen Landes ausgeliehen und von diesen beaufschlagt werden.

Es dürfte Einigkeit darüber bestehen, so erklärte der Redner, daß eine Währungsstabilität nicht durch einen einmaligen Rechtsakt von einem Tag zum anderen erreicht werden könne, sondern, daß es hierzu noch gewisser Vorbereitungen bedürfe.

Zum Schluß betonte Alfred Walter (Polen), daß die Wiederherstellung der Wirtschaft unumgänglich sei ohne eine allgemeine Währungsstabilisierung.

Die Ausführung wurden mit Beifall aufgenommen. Der Präsident der ICH sprach ihm den Dank der Versammlung aus.

Amliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 27. Juni.

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 l. h.), Weizen 737,5 g/l. (125,2 l. h.), Brauergerste 707 g/l. (120,1 l. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 l. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 l. h.), Hafer 468,5 g/l. (78,1 l. h.).

Table with columns Transaktionspreise, Richtpreise and sub-categories like Roggen, Weizen, Hafer, etc.

Allgemeine Tendenz: nicht einheitlich. Roggen abwartend, Weizen schwächer, Gersten, Hafer, Weizen- und Roggenmehl ruhig.

Warschau, 26. Juni. Getreide, Mehl- und Futtermittel-Abchlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waagon Warschau.

Umsätze 742 t. davon 162 t. Roggen. Tendenz: ruhig. Wiener Butterpreise vom 26. Juni. Festgesetzt durch die Firmen: Molkerei-Zentrale, Zwajski Goldobacz...